

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.  
Grenzstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Grenzstr. Riesa Nr. 52.

Nr. 108.

Wittwoch, 10. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 19.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 19 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 8.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ustündige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertiger von Materialien — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grenzstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg 1. von Rödera nach Banzenberg und 2. von Reithain nach Moritz wegen Aufhebung des Verkehrs für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inwischen zu 1. über Rödera-Moritz-Banzenberg und zu 2. über Banzenberg oder Rödera umzuleiten.  
Das unbefugte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 386<sup>b</sup> des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.  
Reithain, am 9. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Zwecks Reorganisation der Riesaer Pflichtfeuerwehren und zwecks gründlicher Ausbildung der Pflichtfeuerwehrmannschaften erhebt hiermit an alle im Pflichtbereich der Riesaer Pflichtfeuerwehr freiwillig zur Verfügung zu stellen. Die Anmeldungen werden bis 30. d. M. erbeten und im Gemeindeamt entgegengenommen.  
Weißa bei Riesa, am 9. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

## Verliches und Sächsisches.

Riesa, den 10. Mai 1922.

Angeschwammene Leiche. Heute morgen um 7 Uhr ist in der Nähe der hiesigen Dampfschiffhaltestelle eine männliche Leiche aus der Elbe gelandet worden. In ihr ist der 19-jährige Arbeiter Klau aus Dresden, der seit 18. April d. J. vermisst wird, festgestellt worden. Seine Angehörigen sind in Dresden wohnhaft.

Vortrag. Im unteren Saale des Frauenheims (Fr. August-Str. 9, 6.) findet morgen abends 8 Uhr (siehe die Verlesungsnachrichten) eine Versammlung der Vereinigung der Eltern statt, in der Herr Amtsgerichtsrat Prof. Dr. Müller aus Hainberg-Vorand einen Vortrag über die neue Kirchenverfassung halten wird. Zu dieser Versammlung haben auch Nichtmitglieder Zutritt. Es ist sicher für viele Mitglieder der Kirchengemeinden von Riesa und Umgebung von hohem Interesse, aus deren Munde — der Herr Vortragende ist Mitglied der Landeskonferenz — Aufklärung über dieses wichtige Thema zu erhalten. Der Eintritt ist frei. Noch sei bemerkt, daß der Herr Vortragende Riesaer Kind ist, Sohn des ehemaligen Herrn Kantors Müller.

Die Änderung der Preisverordnungen. Der Reichsminister für die Sachverständigenkommissionen hat die bisherige Preisverordnung vom 8. Mai 1918. Nachdem die bisherigen Preisverordnungen sich auf Strafverschärfungen beschränkt haben, muß eine sachliche Gesetzesänderung, die sich den völlig geänderten Wirtschaftsverhältnissen anpassen, mit aller Dringlichkeit erfolgen. Die Berechnung der Waren allein auf Grund der Verarbeitungs- und sonstigen Kosten in einer vom Weltmarkt nicht mehr abschließenden, vielmehr mitten in schwerster Konkurrenz stehender Wirtschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden. Jeder Preis, der der Marktlage entspricht, muß als gerechter und angemessener Preis anerkannt werden. Der von der Rechtsprechung konstatierte Begriff der Notmarktlage ist auf einen gesetzlich klar umgrenzten Zeitbereich zu beschränken. Ein Preis, der die Wiederbeschaffungskosten der veräußerten Ware deckt, muß als berechtigt angesehen werden; ein solcher Preis enthält keinen übermäßigen Gewinn, sondern verhält nur einen gewöhnlichen Ausverkauf des Unternehmens, während die bisher von den Wucherbehörden gestattete, allein auf die Beschaffungskosten gestützte Berechnung erfahrungsgemäß die Verminderung des Betriebsvermögens zur Folge hat, da sie die Marktentwertung in völlig ungenügender Weise berücksichtigt. Endlich muß wiederholt gefordert werden, daß anlässlich der Reform der Wuchergesetzgebung der Rechtsmittelweg auch für die Wuchergesetze eröffnet und vor allem die Zulassung von Branchenschlichtungen, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu den Wucherbehörden stehen, noch vor Erhebung der Klage und vor der Anordnung besonders einschneidender Maßnahmen, wie Warenbeschlagnahme usw. vorgeschrieben wird.

Der Streik in den Profabrikanten dauert fort. Ein vom Geheimen Regierungsrat Dr. v. Wedgenhoff am Montag morgen unternommener Vermittlungsversuch zwischen den Profabrikanten und der Streikvereinsleitung, die sich mit diesen Einigungsbedingungen beschäftigte, stellte folgende Forderungen auf: 1. Anerkennung der vollen geforderten Lohnsätze für alle Beschäftigten, 2. Rücklose Niederreinstellung und Aufhebung der ausgesprochenen Kündigungen, 3. Bezahlung der Streiktage.

Die Erhöhung der Postgebühren. Die Postverwaltung hat die Mitteilung gemacht, daß bei den letzten Verhandlungen über die Beamtenegehälter ein Vertreter des Reichspostministeriums erklärt habe, bei Annahme der geforderten Gehälter müßte die Gebühr für einen Fernbrief auf acht Mark erhöht werden, ist aus der Luft gegriffen. Wie die Deckung der durch die Gehaltserhöhungen bei der Post entstehenden Mehrausgaben erfolgen soll, steht noch nicht fest. In der Zeit dem Reichsrat zugegangenen Vorlage über die Änderung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren zum 1. Juli und 1. Oktober ist auf die Mehrkosten aus Anlaß der noch bevorstehenden Gehaltserhöhungen keinerlei Rücksicht genommen. Es muß abgemerkt werden, wie die Erhöhung der Eisenbahngütertarife auf die Gebührengestaltung der Post einwirkt.

Das Landheim für taubstumme Kinder in Gartha. Das von den Eltern und der Lehrerschaft längst ersehnte Landheim für unsere taubstummen Kinder in Gartha konnte am 1. Mai eröffnet und seiner Bestimmung übergeben werden. Unter reger Anteilnahme von Eltern, Lehrern und Freunden hielten die ersten Kinder mit ihrem Lehrer, Herrn Conrad, ihren ersten Einzug. Herr Taubstummenanstaltsdirektor Wegow führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß der neue erzieherische Geist der Lehrerschaft, in bester Uebereinstimmung mit der Elternschaft, die Triebkraft gewesen sind, den taubstummen Kindern ein Heim zu gestalten, als Schule in unmittelbarem Zusammenhang mit Natur und Leben, zur Freude und körperlichen und geistigen Kräftigung. Eine beträchtliche Geldsumme aus Amerika und größere Geldbeträge, die durch die rege Sammelthätigkeit der Eltern- und Lehrerschaft einfließen, hätten es ermöglicht, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, ein neues Landheim in Gartha

zu mieten. Der Zusammenschluß aller Freunde taubstummer Kinder zu einem Fund gebe dem Unternehmen das juristische, finanzielle und ideale Fundament. Großen Anteil an der Verwirklichung dankte der Bund der wohlwollenden väterlichen und wirtschaftlichen Förderung durch das Ministerium, der opferwilligen Lehrerschaft, dem unermüdblich tätigen Vorstand, den Bundesmitgliedern, den Gönnern und Spendern und der Gemeindevertretung in Gartha. So sei nun unter Sorgen und Mühen, mit manchem Verzicht und noch manchem Wunsch das Heim so weit, daß es keine Räume den Kindern bieten könne.

Die Kraftfahrzeuge. In den letzten Jahren sind Steuern, die in weiten Kreisen des Volkes als gerechtfertigt angesehen werden, gebürtig für die Kraftfahrzeuge, die am 8. April 1922 Gesetz geworden sind. Sie trifft die Benutzung von Kraftfahrzeugen, sei es zur Beförderung von Gütern, sei es von Personen zu Lande. Von der Steuer befreit sind Kraftfahrzeuge, die sich im Besitze des Reichs, der Länder oder Gemeinden befinden und ausschließlich zu Feuerlöschzwecken, zur Kran- und Aufzugsförderung, zum Wagonbau oder zur Straßeneinrichtung Verwendung finden, ferner Kraftfahrzeuge mit mindestens acht Sitzplätzen, die im Dienste der Wehrmacht oder der Polizei stehen, endlich Kleintraaktoren, Kraftfahrzeuge zur Fortbewegung von Arbeitsgeräten und solche, die den Zwecken landwirtschaftlicher Betriebe dienen. Steuerpflichtig ist der Eigentümer des Kraftfahrzeugs. Die Steuerbeträge sind nach der Werbestärke abgestuft. Bei Personenkraftwagen z. B. ist für jede Werbestärke 100 Mark zu zahlen; wenn mehr als sechs Werbestärken erreicht sind, für jede weitere 200 Mark, wenn mehr als zehn Werbestärken erreicht sind, für jede weitere 300 Mark, und wenn mehr als vierzehn Werbestärken erreicht sind, für jede weitere 400 Mark. Bei Lastkraftwagen und Kraftomnibussen richtet sich die Steuer nach dem Eigengewicht des betriebstauglichen Fahrzeugs. Die Steuer ist vor der Benutzung des Kraftfahrzeugs gegen Zahlung einer Steuerkarte zu entrichten. Steuerhinterziehung wird mit einer Geldstrafe von fünf- bis zehnmaligen Beträge der Steuer bestraft. Daneben kann aber noch auf eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden.

Postpakete mit Butter und ähnlichen Fettstoffen während der heißen Jahreszeit. In den Postämtern sind Postpakete mit Butter, Margarine oder anderen leicht schmelzbaren Fetten während der heißen Jahreszeit zur Postbeförderung nur dann zugelassen worden, wenn die Fettstoffe in festen Röhren oder Säulen verpackt waren. Im kommenden Sommer sollen nun aber die Postanstalten versuchsweise auch in Pappschachteln verpackte Butter- und Fettstoffen annehmen, wenn die Verpackung folgenden Bedingungen entspricht: Die Pappschachteln müssen aus genügend harter Lederplatte bestehen und möglichst fugenlos sein. Vor dem Einlegen der Fettstoffe sind die Behälter ganz mit fettlichem Pergamentpapier auszulagern, die einzelnen Butter- und Fettstücke selbst sorgfältig in unbrauchbares Papier einzuschlagen und die gefüllten Pappschachteln dann nochmals mit Pergamentpapier zu umhüllen. Das in Postämtern vielfach benutzte Papier mit Firmenaufruf, soweit es nicht durchaus fettbeständig ist, kann zum Auslegen der Pappschachteln und zur Umhüllung der einzelnen Butter- und Fettstücke während der heißen Jahreszeit nicht als zweckentsprechend angesehen werden. Die Pappschachteln müssen gut verschlossen sein. Ferner ist es notwendig, daß die Fettstoffe vor der Verpackung und der Einlieferung zur Post mehrere Stunden in Kühlräume gestellt werden. Nach den Bestimmungen der Postordnung hat der Absender jeden Schaden zu ersetzen, der durch die Beförderung nur bedingt zugelassener Gegenstände, zu denen auch Butter- und Fettstoffen während des Sommers gehören, entsteht. Das Reichspostministerium hat die Postanstalten angewiesen, auf Pakete, deren äußere Verpackung usw. darauf schließen läßt, daß sie Butter, Margarine oder andere leicht schmelzbare Fette enthalten, in der heißen Jahreszeit besonders zu achten und dafür zu sorgen, daß solche Sendungen während der Postbeförderung nicht längere Zeit den Sonnenstrahlen ausgesetzt sind.

Eine Entschädigung der Sächsischen Mietervereine. Auf dem Sonntag in Leipzig abgehaltenen außerordentlichen Tagung des Landesverbandes der im Bunde Deutscher Mietervereine (Stb Dresden) zusammengeschlossenen sächsischen Mietervereine wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen: Die sächsische Mietervereine erwarten von der Landesregierung, daß diese mit der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz dafür sorgt, daß die großen Gedanken des Reichsmietengesetzes trotz aller Widerstände durchgeführt werden, insbesondere die Hausrente bei dem Wert von 1914 mit aller Entschiedenheit festgehalten, die Halt der Erhaltung des bestehenden Wohnraumes durch Aufstockung des Hausfonds und des Ausgleichsfonds auf breite Schultern gelegt und das Mietbestimmungsrecht der Mieter entsprechend ausgedeutet wird. Außerdem wiederholt die Landesregierung die der Regierung bereits bekannten Forderungen der Mietervereine zum Mieterausgleich; sie erwartet von der Landesregierung, daß sie diese Forderungen auch dem Reich gegenüber vertritt und dem Reich gegenüber sich dafür einsetzt, daß auch das Wohnungsmangelgesetz in einer Weise ausgebaut wird, daß es die sichere und gerechte Rationierung

des vorhandenen Wohnraumes zur Besserung der in diesen Orten geradezu furchterlichen Lage der Wohnunglosen gewährleisten. Sie richtet die Aufmerksamkeit der Regierung von neuem darauf, daß der beste Mieterhaus der Neubau ist, und daß deshalb endlich durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der vorhandenen Baufähigkeit zu angemessenem Preis für den Wohnungsbau getroffen werden.

Die neue Elbeflotte der Tschechen. Auf Grund des Friedensvertrages und der Entschädigung des amerikanischen Schiffsbauers haben die Tschechen bis Ende April auf der Elbe folgende Schiffe übernommen: von der Neuen Deutsch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden übernommen die Schiffe Dampfer Meißner, Brandenburg, Sellen, Anhalt, Sachsen, und 26 Frachtboote. Von der Deutsch-Oberösterreichischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden übernommen die Schiffe Dampfer Hannover, D. C. D. Nr. 15, D. C. D. Nr. 17, der Dampfer Dresden und 8 Frachtboote. Von der Dampfschiffahrtsgesellschaft Elbe folgt nach die Übernahme des Dampfers Albatros. Von Privatbetreibern wurden neun Frachtboote übernommen. Es folgt noch die Übernahme von 32 Frachtbooten, von denen ein großer Teil der Schiffs- und der Neuen Norddeutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehören. Außerdem wurden sämtliche Aktien der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft ins tschechoslowakische Eigentum übernommen. Die sonstige Übernahme des Parks dieser Gesellschaft wird im Mai dieses Jahres erfolgen. Der Schiffsпарк der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft besteht aus 9 Schiffe, 11 Fracht-, 11 Dampfer- und 7 Ketten- dampfern, 62 Kilometer Schleppseilen, 12 Dampferzeugen, 114 Frachtbooten, 7 Abbläskiffen, 49 Fährern und 10 Pontons.

Verlängerte Geltung des Sommerfahrplanes. Die Geltung des Sommerfahrplanes, der am 1. Juni eingeführt wird, war ursprünglich bis zum 30. September vorgesehen. Seine Dauer ist jetzt bis zum 7. Oktober verlängert worden. Es gilt dies auch für die mannigfachen Sommerzüge, die der neue Fahrplan vorsieht. Sie sollten bisher bis zum 30. September verkehren, laufen aber bis zum 7. Oktober einschließlich. Die Verlängerung rührt davon her, daß im bestellten Gebiet in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober die Rückkehr von der Sommerzeit zu der westeruropäischen Zeit erfolgen wird. Die westeruropäische Sommerzeit entspricht bekanntlich unserer mitteleuropäischen Zeit. Im bestellten Gebiet muß demnach mit dem 8. Oktober ein neuer Fahrplan eingeführt werden. Um den doppelten Wechsel des Fahrplans am 1. und 8. Oktober zu ersparen, tritt im ganzen Bereich der Reichsbahn der Fahrplanwechsel am 8. Oktober ein. Große Veränderungen bringt der Wechsel nicht mit sich, da der neue Fahrplan vom 1. Juni eigentlich einen Jahresfahrplan darstellt.

Gröba. In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1922 haben leider bis jetzt noch nicht ermittelte Personen auf der hiesigen Brückenstraße drei Einkäuferschröte abgehoben und diese im Uebermaß teils über angrenzende Bäume geworfen. Was hierdurch für Gefahren für die gerade auf dieser Straßenstrecke zahlreichen Passanten vorhanden und wie leicht aus ihrer Gesundheit schweren dauernden Schäden erlitten konnten, braucht wohl nicht noch besonders erwähnt zu werden. Personen, die irgend welche Wahrnehmungen gemacht und Angaben über die Täter machen können, werden ersucht, dies umgehend im Gemeindeamt zu melden, damit die Freier der wohlverdienten strengen Bestrafung ausgeführt werden können.

Lichtenfelser. Am vorigen Sonntag (7. 5.) abend spielte das Kreutz-Trio in Lichtenfelser. Was wir an dem Abend hörten, war durchweg recht gut. Die drei Herren M. Dennig, G. Göbler, M. Kreutz boten namentlich im „Menuetto“ aus Symphonie in Es-Dur von W. A. Mozart und in den beiden Sätzen aus „Trio I von F. Haydn“ hohe Kunst. Von Herrn M. Dennig, den wir hier schon kannten, erwarteten wir nur beste Leistungen. Er hat uns nicht getäuscht. Herr G. Göbler mochte sich, bei aller Anerkennung seines Cellospieles, von Violine und Klavier nicht verdrängen lassen. Etwas kräftiger im Ton bei Melodieführung! Herr Kreutz spielte sehr gut Klavier; doch raten wir ihm, den anderen Instrumenten mehr die Oberhand zu lassen, sie nicht zu überdröhnen und nicht im Tempo zu treiben. Leider wurde kein Spiel oft stark beeinträchtigt durch unruhige Stimmung im Klavier. Kurz gefaßt: Der Abend war für uns, die wir weit vom Born der Kunst wegfliehen, ein musikalischer Genuß. — Besonders dankbar zu begründen war die zahlreiche Zuhörerschaft. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das ist ein Zeichen dafür, daß man sich auch hier auf dem Lande, weitab von der Stadt, gern gute Musik anhört. Öffentlich hat nicht viele Zuhörer nur die Reue der schönen Darbietungen, was bei einigen, die sich während der schönen Darbietungen gemütlich weiter unterhielten, leider der Fall zu sein schien. Dauert solche Leute das Eintrittsgeld nicht? Wir danken dem Kreutz-Trio für den Abend. Öffentlich spielt Herr M. Dennig, der ja ein lichtenfelser Kind ist, recht bald wieder mit seinen Freunden bei uns.

Döbeln. In der Stadtverordnetenversammlung erklärten die Linksparteien, ihre Zustimmung zur Erhöhung des Gaspreises nur geben zu können, wenn er für Bedürftige verbilligt werde. Der Rat hat deshalb beschlossen,















# Die russische Antwort überreicht.

## Zichtlerin begründet die Haltung der Russen.

Die Antwort der russischen Delegation auf das Memorandum der Alliierten wurde am Dienstag dem Barthou der Konferenz überreicht. Die Veröffentlichung des Textes der Note wird erst am Mittwoch erfolgen. Der Antwort ist ein Brief Zichtlerins beigegeben, der die russische Haltung gegenüber der Sowjetregierung erklärt. Das Memorandum erinnert daran, unter welchen Bedingungen Sowjetrussland die Einlösung der russischen Schulden zur Teilnahme an der Konferenz angenommen hat. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß die russische Delegation von den meisten Sitzungen der Unterkommision für die russischen Angelegenheiten ferngehalten wurde. Dann bezieht sich das Memorandum auf die Unterfertigung zweier Abreden, die am meisten mit den Interessen Russlands verbunden seien. Beistand der Schuldverpflichtungen und der russischen Wirtschaft. Diese Abreden erklärt die Note, daß Russland bedeutende Opfer gebracht habe. Russland würde keine Verpflichtungen einhalten, aber nur unter der Bedingung, daß es sofort Kredite erhalte und zwar von Regierung zu Regierung. Diese Kredite müssen in bar geliefert werden; denn dies wäre für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands unbedingt nötig. Die Russen erklären weiter, daß es ihnen unmöglich sei, einen allgemeinen Vertrag abzuschließen, wenn man keine Garantien gebe, die die Gewährung von Krediten enthalten.

Aus Genua wird gemeldet: Es ist sehr wahrscheinlich, daß Schanzer und Rathenau am Dienstag noch einen letzten Versuch gemacht haben, die Russen zur Wiedergabe ihres Tones in ihrer Antwort zu bewegen.

## Die finanziellen Vorteile Russlands an Grund des Memorandums.

Im Auftrage des Präsidenten der Genuefer Konferenz ist der russischen Delegation ein Promemoria überreicht worden, das nähere Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß eines Vertrages auf Grund des Memorandums der politischen Unterkommision für Russland zu erwarten wären. Dieser Schritt ist veranlaßt worden durch die Unterbrechung des Außenministers Schanzer mit Zichtlerin. Letzterer hatte den Wunsch ausgesprochen, die ihm von Schanzer vorgelegenen Argumente in zusammengefaßter Darstellung zu erhalten. In dem Promemoria wird die Hilfestellung, die die Alliierten Russland zukommen lassen wollen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorteilen nicht um eine Reihe von platonischen Zusicherungen handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System zum Wiederaufbau Russlands.

### Eine Anfrage der Russen.

Die russische Delegation in Genua hat gestern ein vom 4. Mai datiertes Schreiben Zichtlerins an Schanzer veröffentlicht, in dem gefragt wird, ob die französische Regierung sich ihre Zustimmung zu dem Memorandum gegeben habe, und wenn nicht, welches die Bedingungen seien, die das Memorandum billigen. Die Übergabe der russischen Antwort auf das Memorandum der politischen Unterkommision wird heute mittag erwartet.

Der russische Delegierte Nadowitz erklärte gestern abend einem Journalisten, die Antwortnote der russischen Delegation beweise sich als durchaus praktische Maßnahmen und werde eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden. Allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen.

In der „Stampa“ ist gestern ein von offizieller russischer Seite inspirierter Artikel erschienen, der gegen Barthou und seinen Versuch, die Schuld an einem eventuellen Scheitern der Konferenz den Russen in die Schuhe zu schieben, polemisiert. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Franzosen, wenn sie von den Russen ein unabweisendes Ja oder Nein fordern, ein Ultimatum stellen, das sich mit dem vor Beginn der Konferenz feierlich zugesagten Charakter dieser Vorgesprächen nicht verträgt.

## Der französische Ministerrat billigt die Haltung Poincarés.

Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß der französische Ministerrat im Laufe seiner gestrigen Sitzung die vom Ministerpräsidenten an die französische Abordnung in Genua abgegebenen Befehle genehmigt und bestätigt hat. Unter andern Möglichkeiten zog der Ministerrat den Fall in Erwägung, daß eine weitere vermittelnde Fassung für den Artikel 7 der Denkschrift an die Sowjet-Abordnung vorgeschlagen werde, um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen. Die Regierung beschloß, in dieser Beziehung keine Zugeständnisse zu machen; sie ist wie bisher der Ansicht, daß die Rechte der französischen Staatsangehörigen bei der Privatigentum streng gewahrt werden müssen.

### Einlecken Barthous?

Barthou hat zu verstehen gegeben, daß ihm an einem normalen Verlauf der Konferenz gelegen sei. Er beabsichtigt nicht, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die erste Antwort der Russen nicht in allen Punkten befriedigend sein sollte. Sollte die Antwort der Russen in allen Punkten unbefriedigend bleiben, so werden die Franzosen darauf bestehen, daß den Forderungen Westeuropas der Charakter eines Ultimatums gegeben wird.

### Millerand wieder in Paris.

Der Präsident der französischen Republik Millerand ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt. Um 11 Uhr empfing er Poincaré, mit dem er sich längere Zeit über die auswärtige Lage, besonders über die Arbeiten der Konferenz von Genua unterhielt.

Nach einem über den Ministerrat am Dienstag nachmittag abgegebenen Communiqué sprach Millerand in dem Ministerrat über seine Eindrücke in Nordafrika. Poincaré unterrichtete den Präsidenten und die Minister über die letzten Telegramme aus Genua.

## Die vermittelnde Tätigkeit Schanzers.

Eine Verlautbarung der Agenzia Stefani weist auf die vermittelnde Tätigkeit der italienischen Delegation und besonders des Ministers des Äußern Schanzer hin, der, wie berichtet wurde, eine juristische Formel für den Artikel betr. das Privatigentum in Russland, der den Hauptgrund für die Differenzen bilde, vorgeschlagen habe. Nach dem Vorschlage Schanzers soll der Grundlag des russischen Staatsrechtes der nationalisierten Güter formell anerkannt werden, während andererseits den früheren Besitzern die Anerkennung der Güter selbst zugesichert werden soll. Diese Formel bildet somit einen Mittelweg zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Auffassungen.

## Eine französische halbamtliche Auslassung.

Aus Paris wird gemeldet: Das veröffentlichte eine halbamtliche Auslassung, in der es heißt: In den offiziellen französischen Kreisen, in denen man auch weiterhin aufmerksam befragt ist über die Ereignisse in Genua und ihre Rückwirkungen, hatte man gestern abend noch keine genaue Auskunft über die von den Vertretern der Sowjetregierung auf das Memorandum der alliierten Regierungen erwartete Antwort. Gewisse Andeutungen jedoch gestatten anzunehmen, daß die englische Delegation sich in Genua bemüht, die Verhandlungen mit den Delegierten von Moskau wieder aufzunehmen, im Falle diese, wie es wahrscheinlich ist, nicht mit einem kategorischen Nein antworten werden. Deshalb glaubt man auch, daß die Verhandlungen noch 14 Tage oder drei Wochen dauern können. Auf alle Fälle aber ist die französische Regierung entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten, und es scheint, daß die Fortwähren, die ein Teil der englischen Presse deshalb erhebt, wirklich übertrieben sind. Es geht, so heißt es in der Auslassung, kein Zweifel in der Geschichte, daß eine Nacht einem Militärern gelagert hätte, wenn du nicht mit einer gewissen Nation einen Vertrag nach dem Vortage, das ich dir unterbreite, abschließt, kommt es zum Bruch zwischen uns. Die Entente zwischen zwei Ländern hat niemals die Unterordnung des einen unter den andern bedeutet, und in dem vorliegenden Fall hat Frankreich, indem es sich nach Genua begibt, nicht mehr als jede andere teilnehmende Nation beabsichtigt, seine Handlungsfreiheit aufzugeben. Man darf sich also nicht wundern, daß die gegenseitige Zuneigung in Genua verbreitet und heimlich von den ausgedrückten Gegnern Frankreichs unterstützt wurde, aber man weigert sich in Paris anzunehmen, daß sie auch nur im entferntesten die Gesühle der britischen Delegation widerspiegeln. Sollte jedoch das Unmögliche wahr sein und die englische Regierung eine derartige Stellung einnehmen, so glaubt man allgemein, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sie als absolut unannehmbar bezeichnen werde, und das umso mehr, als während der Regelung der Orientfrage beispielweise Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England bestanden haben. Die französische Regierung habe Beweise ihres Entgegenkommens und guten Willens gezeigt und niemals zu Argumenten gegriffen, die einem Einschüchterungsversuch ähneln, damit ihr Standpunkt angestärkt werde. Obwohl man von dem Ton einiger englischer Mütter peinlich berührt gewesen sei, sei man in politischen Kreisen überzeugt davon, daß die große Mehrheit des englischen Volkes der Entente cordiale tief ergeben bleibe, und man sei der Ansicht, daß die demnächstige Reise König Georges zum Besuch der britischen und der französischen Soldatenfriedhöfe, wenn sie auch keinen offiziellen Charakter trage, eine Gelegenheit bieten werde, die beiden Länder an die gemeinsamen Opfer zu erinnern, die sie miteinander verbünden.

## Ein Brief Poincarés.

Die Agence Havas teilt mit: Infolge der Erwägung Lloyd Georges über einen an den englischen Botschafter in Paris gerichteten Brief Poincarés zur Frage des Memorandums an die Russen, in dem nur die Sympathien Frankreichs zu Belgien erwähnt werden, hat Poincaré am 7. Mai dem Botschafter ein neues Schreiben zugehen lassen, in dem er erklärt, er sei nicht auf die Auslegung gefaßt gewesen, daß Frankreich Freundschaft mit England verstanden hätte, wenn es an eine Sympathie für Belgien erinnere, ohne England ausdrücklich zu erwähnen. Es gebe keinen Franzosen, der sich nicht des englisch-französischen Zusammenwirkens vor und nach dem Kriege erinnere und der nicht von ganzem Herzen die Fortdauer dieser freundschaftlichen Beziehungen wünsche. In einer Frage jedoch, die allgemeines Interesse zu besitzen scheint und die an den Grundlag des Privatigentums rührt, sei es notwendig gewesen, daß Frankreich von zwei Verbündeten, für die es gleiche Freundschaft hege, nicht den verletzenden werde, dem es besonders Dank schulde.

### Varrier Pressestimmen.

Die Varrier Abendpresse, soweit sie sich mit der Lage in Genua beschäftigt, bläst merklich zum Rückzuge. Der „Temps“ findet heute, daß die Entente noch fortzudauern. Lloyd George habe, auf die Erregung der öffentlichen Meinung aufmerksam geworden, den Drohungen, die man verbreitet habe, widersprochen. Er wolle damit augenscheinlich die Drohungen ablenken, die gewisse ministerielle Mütter unausgesetzt gegen Frankreich richteten. Das „Journal des Debats“ schreibt, für den Augenblick habe Lloyd George es für notwendig gehalten, den Verhandlungen zu widersprechen, die Frankreich nicht zum Nachgeben veranlaßt hätten. Hoffentlich würden seine Ausleger, nachdem sie über das Ziel hinausgeschossen hätten, ebenfalls Rückzugstellungen einnehmen. Es sei Zeit, daß man ernst werde und auf theoretische Methoden verzichte. Die „Liberté“ spricht von einem mangelhaften Erpressungsversuch Lloyd Georges, der versucht haben solle, Frankreich zu isolieren und obendrein einen persönlichen, unfeinen Feldzug gegen Poincaré zu entfesseln.

## Der Brief Lloyd Georges an Barthou.

Die englische Delegation in Genua gibt den Wortlaut des Briefes Lloyd Georges an Barthou bekannt, auf den dieser mit einem bereits veröffentlichten Schreiben geantwortet hat. In dem Briefe Lloyd Georges heißt es: Ich bin benachrichtigt worden, daß heute in englischen Zeitungen ein Bericht über unsere Unterredung vom Sonnabend erscheint, nach dem ich erklärt haben soll, daß die Entente zwischen Frankreich und England zu Ende sei und meine Ratgeber in mich drängen, ein Abkommen mit Deutschland zu schließen. Ich habe bereits Herrn Chamberlain, der mich während meiner Abwesenheit als Premierminister vertritt, ersucht, dieser böswilligen Erklärung heute nachmittag im Parlament zu widersprechen, und ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie ihrerseits diesen beiden Behauptungen widersprechen würden. Ich erlaube mir, weil ich, wie Ihnen bekannt ist, die französisch-englische Zusammenarbeit an hoch schätze, um zuzulassen, daß in der Öffentlichkeit lägerische Behauptungen über diesen Gegenstand verbreitet werden, und dies im Augenblick von der größten Wichtigkeit für die Beziehungen der beiden Länder ist. Lange vor dem Kriege bin ich ein aufrichtiger Anhänger der Entente gewesen, und für mich wie für jeden Engländer hat diese Freundschaft um so größeren Wert, als sie durch gemeinsame Opfer geheiligt worden ist. Daher mein lebhafter Wunsch, daß nichts geschehen möge, was die Auffassungen unserer beiden großen Demokratien trennen würde, deren Zusammenhalten von so großer Wichtigkeit für den Frieden Europas ist.

Neue Einquartierungsstellen der Stadt Mainz. Der Stadtverwaltungsverband Mainz ist trotz der außerordentlich getriggerten Wohnungsnot abermals die Stellung von 100 Militärpersonen, darunter Unteroffizieren mit Familien, aufgelegt worden.

## Die „gerettete“ Entente.

Der überspannte Faden der Entente hat sich noch einmal gebogen ohne zu brechen. Ehrenerklärungen Barthous und Poincarés haben Lloyd George die Möglichkeit gegeben, in aller Öffentlichkeit festzustellen, daß er, mißverständlich umdrapet von dem Schwarm neugieriger Journalisten, garnicht daran gedacht habe — das Wort vom Ende der Entente auszusprechen. Auch mit den rings drängenden Ratgebern zur Verständigung mit Deutschland habe Lloyd George — Barthou gegenüber — niemals gedroht. Nicht ein einziges böses Wort habe der löwenmähnige Wallier gesprochen — zu Herrn Barthou natürlich — und alle „Gesühle höchster Hochachtung, Freundschaft und Ergebenheit“ einen sich in der gläubigen Hoffnung auf das hoffentlich recht lange legendäre Leben der „Entente“.

Es gibt natürlich niemand in Genua oder London oder gar Paris, der den Sinn dieser Höflichkeiten nicht versteht. England hat eingesehen, daß die im Grunde ersehnte neue Mächtegruppierung, sobald sie äußerlich zum Ausdruck kommt, nur eine Ohnmächtegruppierung werden würde. Dem waffenstarken Frankreich gegenüber, dem Polen und die Tschechen zur Seite stehen, in England, samt Russland, Deutschland und dem in der Flanke von Jugoslawien bedrohten Italien, wehrlos. Und die politische Geistesumnebelung ist außerhalb der deutschen Grenzpfähle nicht so groß, daß man die auch heute noch ausschlaggebende politische Bedeutung der Waffenmacht unterschätzt. Der Augenblick zur Verwirklichung alles dessen, was, körperlich bereits als Drohungen und Andeutungen, in den Genuefer Reden Lloyd Georges lebte, ist noch nicht gekommen. Das Parallelogramm der politischen Kräfte wird sich, kaum beeinflusst von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, weiter in einer Weise einstellen, die nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europas Entwicklung verhängnisvoll wird.

In politischen Kreisen Deutschlands ist man geteilter Ansicht über die Vorteile, bzw. Nachteile, die eine Trennung Englands von Frankreich bietet. Selbstverständlich besteht von Seiten Frankreichs nach Fortfall der letzten Ententebindungen die Gefahr völliger Hoffnungslosigkeit. Die wirtschaftliche und seelische Not eines verwegentesten, unbeschützten Deutschlands würde unagbar groß sein. Andererseits würde vielleicht gerade das unmittelbare Erleben des Schwerkens, Kränkens, nach dem Vorgang der besetzten Gebiete, den moralischen Heilungsprozess beschleunigen, während unter den weiter waltenden Verhältnissen die schleichende Verelendung am Volksmarkt fröhlich und weniger empfindlich schwächt und in ihrer Ausweglosigkeit verzweifelt stimmt. Auch das moralische Gewicht, das ein von Frankreich sich offen lösendes England zugunsten Deutschlands in die Waagschale zu werfen hat, ist nicht gering. Was angelegentlich Propaganda vermag, haben wir am eigenen Leibe gespürt. Und Deutschland in der Rolle des „vergewolligten Belgien“ könnte Imponderablen lösen, die in englischer Zweckerklärung vielleicht Wunder wirken. Weitere Betrachtungen kann man sich bis zum nächsten Stroh aufsporen, den, sicherlich noch im wunderschönen Monat Mai mit seinem Entscheidungstermin, die vorläufig „gerettete“, in Wahrheit innerlich längst gescheiterte Entente erleben wird. Ein Reiznam läßt sich nicht einbalsamieren, wenn man ihn ständig der freischen Luft aussetzen muß.

## Lloyd George hat sein Land hinter sich.

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ will von einem englischen Parlamentsmitglied, einer anerkannten Autorität in Wirtschaftfragen, gehört haben, man solle sich in Frankreich keiner Täuschung hingeben. Mit Ausnahme einiger Schreiberlinge habe Lloyd George alle lebenden Kräfte seines Landes hinter sich. Er befinde sich in Genua kraft des Willens der ganzen Nation, und wenn es sich um die nationale Existenz handle, halte das gesamte Volk zusammen. Wiederholen Sie unaufrichtig, so habe das Parlamentsmitglied gesagt, daß es ein großer Irrtum ist, anzunehmen, der Erfolg von Genua sei für Lloyd George eine harte Notwendigkeit. Wer ihn auch morgen ersehen wird, die englische Politik wird stets dieselbe bleiben. Für England gibt es nur die eine Frage: Handel zu treiben oder unterzugeben.

## Die Reparationsfrage ist das wirtschaftliche Hauptproblem.

Aus Prag wird gemeldet: „Pra Lidu“ veröffentlicht eine Unterredung seines Genuefer Korrespondenten mit dem Ministerpräsidenten Dr. Beneš, der erklärte, der Hauptfehler der Konferenz bestehe darin, daß die russische Frage als der wichtigste Punkt der Konferenz bezeichnet werde, während das wirtschaftliche Hauptproblem Europas die Frage sei, wie die Reparationsnotwendigkeiten Deutschlands mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in Einklang zu bringen seien. Auch sei es ein methodischer Fehler gewesen, zur Konferenz nicht mit einem genau ausgearbeiteten Programm zu kommen. Dit hätten innerpolitische Interessen den Standpunkt dort bestimmt, wo nur sachliche Rücksichten hätten entscheiden sollen. Die kleine Entente habe in Genua ihre innere Festigkeit vollkommen erwiesen. Sie sei als vermittelnder Faktor aufgetreten und habe ihre Interesse daran bewiesen, daß sich auf der Genuefer Konferenz möglichst viele Vorteile für Europa ergeben. Die Interessen der Tschechoslowakei ständen übrigens nirgends im Widerspruch zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, und ihre Beziehungen zum Ausland richteten sich nach den als notwendige Voraussetzungen besserer Verhältnisse in Europa anerkannten Grundlag.

## Die Antwort an die Reparationskommission.

Die die Berliner Blätter hören, wird die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der Reparationskommission vom 18. April, in der sich die Reparationskommission bereit erklärte, jede praktische Anregung zu prüfen, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, vorgebracht werden könnte, heute der Reparationskommission überreicht werden. Die deutsche Antwortnote, die einen Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnet, war Gegenstand der Besprechung der Parteiführer, die gestern in die Reichskanzlei geladen waren. Reichsfinanzminister Dr. Herms erklärte in großen Zügen die Note.

## Keine Revolution in Kroatien.

Aus Wien wird gemeldet: Die von verlässlicher Stelle in Agram eingegangene Erkundigungen besagen, entspricht die Meldung der Kurier „Stampa“ von einer angeblich in Kroatien ausgebrochenen Revolution in keiner Weise den Tatsachen.



## Zur Lage im Ruhrrevier

erklärt W. T.: Auf einigen Beiden des Zentralvereins (zwischen Dortmund und Gelsenkirchen) sind etwa 20000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund des Streiks ist darin zu sehen, daß die Werke Dortfeld den Vorstehenden ihres Betriebsratte entlassen hatte, weil er einen Anschlag am Bretz des Betriebes an die Belegschaft gerichtet hatte, worin er sie anforderte, am 1. Mai zu feiern, und weil er den Revierarbeiter, als dieser ihn anforderte, den Anschlag als unzulässig zu entfernen, tödlich beleidigte. Die Belegschaft trat darauf in den Streik, dem sich Belegschaften anderer Werke anschlossen. Am Mittwoch, den 10. Mai, sollen Einigungsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Lebensverband unter Leitung von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und unter Mitwirkung des Reichskommissars Weiblich geführt werden.

Wie die Blätter aus Essen melden, ereigneten sich bei dem Ausstand der Bergarbeiter im Dortmunder Bezirk neue Terrorakte der Streikenden. Auf der Recke Grisse wurden Arbeitswille überfallen und schwer mißhandelt. Auch auf der Recke Hermann ist es zu Ausschreitungen gekommen. In der Ausdehnung des Streiks ist keine wesentliche Veränderung eingetreten.

Die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken. Dem Reichstage ist laut „D. T.“ ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken zugegangen. Danach soll als regelmäßige Arbeitszeit eine Schichtzeit von sieben Stunden gelten. Bei Betrieben mit besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann die Arbeitszeit auf Antrag bis 7 1/2 Stunden verlängert werden. Durch Tarifverträge kann die Arbeitszeit abweichend von diesen Vorschriften geregelt werden.

## Die neuen Beamtenbefolgungen.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf mit der Neuordnung der Beamtenbefolgungen unverändert angenommen. Insgesamt wird der Etat mit 16 Milliarden mehr belastet, wovon 7,5 Milliarden auf das Reichsverkehrsministerium, 4,5 Milliarden auf das Reichspostministerium und 3 Milliarden auf die allgemeine Finanzverwaltung entfallen. Der zuletzt genannte Betrag soll durch höhere Steuererträge gedeckt werden, während die Mehrausgaben der Betriebsverwaltungen von diesen selbst aufzubringen sind, d. h. durch neue Tarifserhöhungen.

## Der Reichsernährungsminister für Verbeihaltung der Getreidemenge.

Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte sich gestern Reichsminister Hehr für die Verbeihaltung der Getreidemenge. In der Begründung dazu führte er aus, daß das Brotgetreide in demselben Umfang wie im vorigen Jahre wiederhergestellt werden müsse, um den Brotpreis in erträglicher Höhe zu halten. Nach reichlicher Ueberlegung und im Hinblick auf die außerordentlich großen Räte breiter Massen bis in den Mittelstand hinein habe er sich dieser Ansicht angeschlossen. Sein Vorkursänger Dr. Herms habe im vorigen Jahre die Getreidemenge nur für den Fall als letzte besprochen, daß keine schwerwiegenden neuen Umstände im deutschen Wirtschaftsleben auftreten dürften. Minister Hehr betonte zum Schluß, daß leider diese gewichtigen neuen Momente eingetreten seien, daß er aber, um auf friedlichem Wege die ganze Angelegenheit zu klären, bereits Verhandlungen mit den einzelnen Wirtschaftsgruppen eingeleitet habe.

## Die französischen Kriegsschulden.

Nach der „Chicago Tribune“ wird die französische Regierung die amerikanische Note über die französischen Kriegsschulden erst nach der Genuefer Konferenz beantworten. Wenn die russische Kriegsschuld bei Frankreich auf Drängen der Verbündeten herabgesetzt oder ihre Rückzahlung ausgesetzt werde, dann werde die französische Regierung fordern, daß dieser Grundlag auch bei der Schuldenregulierung zwischen Amerika und Frankreich angewendet werde. Falls die Verbündeten Frankreich drängen, Deutschland außer dem Moratorium für 1922 ein weiteres Moratorium zu gewähren, werde Frankreich eine gleiche Vergünstigung von andern verlangen.

## Die Haltung Amerikas unverändert.

Gegenüber verschiedenen Zeitungsmeldungen wird in einer Verlautbarung der Roensia Stefani hervorgehoben, die Haltung der Vereinigten Staaten bezüglich der Genuefer Konferenz sei unverändert. Die Unterredungen, die der amerikanische Botschafter Child mit italienischen Delegierten, Lloyd George, Barrère, Dr. Rathenau u. a. hatte, hätten entweder nur die Einholung von Informationen bezweckt oder nur Höflichkeitssache betraffen.

## Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Barr. Kunkel

17) (Nachdruck verboten.)  
„Deshalb ade, mein Sohn, seien Sie während meiner Abwesenheit so artig, wie Sie können, und wenn Ihr Stolz über den sich mehrenden Reichtum allzu große Dimensionen annehmen sollte, dann denken Sie daran, wie schwer es ist, daß ein Reicher ins Himmelreich kommt, und kehren Sie zu Ihrer natürlichen Bescheidenheit zurück! Und nun leben Sie wohl!“

### 9. Kapitel.

Zunächst schickte Tann drei Telegramme ab. Das erste ging an seinen Rechtsanwalt in Berlin und ersuchte ihn, den bedeutendsten Anwalt für Schiffsangelegenheiten in Stettin dahin zu verständigen, daß er ihn sofort im dortigen Metropol-Hotel aufsuchen möge. Das zweite war an Kapitän Bild, um ihm mitzuteilen, daß eine reichliche Kaution für ihn unterwegs sei, so daß er mit ziemlicher Bestimmtheit auf seine Haftentlassung rechnen könne. In diesem Falle möge er sich gegen sechs Uhr im Metropol-Hotel in Stettin einfinden. Das dritte Telegramm war an eben dieses Hotel gerichtet, um dort Zimmer zu bestellen. Nachdem dies alles erledigt war, blieb Tann gerade noch Zeit, den Zug zu erreichen. Als er kurz nach sechs Uhr am Metropol-Hotel vorfuhr, fand er, daß sowohl Kapitän Bild wie auch Herr Tucher, der Rechtsanwalt, auf ihn warteten.

„Sie haben Sie also wieder freigelassen, Kapitän?“ sagte der Graf und schüttelte Bild die Hand.

„Nein, Herr, Sie haben sich's noch einmal überlegt und mich gar nicht festgenommen. Sie scheinen sich überhaupt noch nicht recht klar darüber zu sein, was sie eigentlich machen wollen. Zuerst schickten sie Vollstreckungsbeamte auf den Dampfer, dann zogen sie sie wieder zurück, und eben, als ich das Schiff verließ, kamen wieder welche an Bord. Was mich anbetrifft, so wollten sie mir anfänglich Handschellen anlegen, dann berieten sie

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Ueber die Lage im süddeutschen Metallarbeiterstreik wird dem „D. T.“ aus Frankfurt a. M. berichtet: In Süddeutschland, vor allem in Württemberg und Baden haben seit einer Reihe von Wochen große Betriebe der metallverarbeitenden Industrie still. So groß aber die Gefahr für die Industrie ist, so ist sie doch noch weit größer für die Arbeiter selbst, die jetzt unter einer schweren wirtschaftlichen Krise zu leiden hat und vielfach die Hilfe der Gemeinden in Anspruch nehmen muß. Worum handelt es sich bei diesem Streik? Lohnfragen spielen erst in zweiter Linie eine Rolle. Es ist die Arbeitszeit, die den Streik verurteilt hat. Die verschlechterte wirtschaftliche Lage hat die Notwendigkeit ergeben, daß die Unternehmer das Abkommen über die 46-Stundenwoche zum 31. Dezember 1921 kündigten und die Arbeitszeit wieder auf 48 Stunden festsetzten. Hiermit erklärte sich die Arbeiterschaft aber nicht einverstanden. Der Arbeitgeberverband in Württemberg machte in den nun folgenden Verhandlungen den Vorschlag, daß es bei der 48stündigen Arbeitszeit bleibe, aber ein Lohnzuschlag gewährt werden solle. Der Schlichtungsausschuß trat in Aktion und empfahl den Arbeitern die Annahme dieses Vorschlages. Die Arbeiterschaft lehnte das ab; ebenso erfolglos blieb ein Vermittlungsvorschlag des württembergischen Arbeitsministers Reil. Das Scheitern dieser Verhandlungen führte Ende März zum Streik, an dem nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft teilnahm, sondern auch die Christliche und die Christlich-Sozialistische. Der Streik ist deshalb so hartnäckig, weil die Arbeiterschaft befürchtet, daß ein Nachgeben ihrerseits zum Abbau des Achtstundentages führen könne; sie ist von dieser Meinung auch durch den Hinweis nicht abzubringen, daß die 46-Stundenwoche doch nichts anderes bedeutet, als die Durchführung des Achtstundentages. Mit dem gleichen Recht könnte doch das Unternehmertum sagen, daß die 46-Stundenwoche der erste Schritt auf dem Wege zum Sechsstundentag ist, der von der kommunistischen Partei noch heute mit Eifer propagiert wird. Um den Streik zu beenden, der wichtige Betriebe, wie Benz, Benz u. a. produktionsunfähig macht, hat der Reichsarbeitsminister vorgeschlagen, die Arbeitszeit zunächst auf 47 Wochenstunden festzusetzen und sie ab 1. Juni auf 48 Stunden zu erhöhen. Auch hiermit erklärten sich die Arbeiter nicht einverstanden, wenn auch bei den Verhandlungen schon deutlich bei den Vertretern der Arbeiter eine Streikmüdigkeit zutage trat. Die Angst aber vor der radikalen Strömung hat sie von einer Zustimmung abgehalten. Dann kam es am 18. April durch den Reichsarbeitsminister in Heidelberg zu einem neuen Vorschlag, der dahin ging, daß die Arbeitszeit auf 47 Stunden festzusetzen sei, und nur in den Betrieben, wo besondere Gründe vorlägen, 48 Stunden gearbeitet werden solle. Wobli infolge der steigenden Not erklärte sich die Arbeiterschaft diesmal bereit, den Vorschlag anzunehmen. Jetzt waren es die Arbeitgeber, die sich weigerten. Am letzten Donnerstag wurde in Stuttgart in einer Funktionskonferenz nochmals betont, daß sämtliche Organisationsvertreter ohne Ausnahme sich bereit erklärten, auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministeriums den Kampf zu beenden, wenn auch unter der Voraussetzung, daß die übrigen Streikzonen — besonders die Lohnfrage — eine zufriedenstellende Erledigung fänden. Noch wurde in der Konferenz mit allem Nachdruck gesagt, daß jeder Vermittlungsvorschlag, der eine 48stündige Arbeitszeit vorsieht, von den Organisationen abgelehnt wird; aber wie lange wird die Arbeiterschaft noch imstande sein, den Streik durchzuhalten? Schon fangen sie an, den Schwerpunkt zu verschieben. Gestern doch eine andere Erklärung, daß die Frage der Arbeitszeit allein ein Hindernisgrund ist, sondern daß es sich neben der Frage der Arbeitszeit um sehr materielle Dinge handelt. Die Lage scheint demnach so, daß die Arbeiterschaft jetzt eine Art Nahrungsgesetz anstreben im Begriffe ist, bei dem sie hofft, wenigstens in materieller Hinsicht siegreich zu bleiben.

Streiktruppen gegen D. Traub. Die Zeitung „Der Reichsbote“ und die Wochenchrift „Der Reichsmarkt“ haben unlängst neben verschiedenen anderen falschen Behauptungen die Nachricht verbreitet, der Reichspräsident hätte bei einem Empfangsabend im Februar 1921 die „Marcellaise“ und „God save the King“ spielen lassen. Auf Grund des Pressegesetzes wurden beide Blätter sofort verhaftet, eine Verurteilung des Reichspräsidenten auszunehmen, welche neben den anderen Behauptungen auch diese Erzählung als freie Erfindung bezeichnete. Trotzdem behauptet D. Traub in der München-Augsburger Abendzeitung vom 6. Mai in einem „Der Zwang zur Lüge“ überschriebenen Artikel aufs neue, der Reichspräsident hätte im Februar 1921 seinen Gästen die „Marcellaise“ und „God save the King“ vorspielen lassen. Wie wir hören, hat der Reichspräsident nunmehr wegen dieser verleumdenden Behauptung gegen den D. Traub Strafantrag gestellt.

Das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten gibt bekannt, daß die Frist zur Anmeldung der Ausstandsschäden der obersteinsten Beamten am 15. Mai 1922 ab-

schließt untereinander und fragten mich, ob ich Kaution erlegen könnte. Da ich nun noch nicht wußte, wie Sie darüber dachten, so verweigerte ich jede Auskunft.“  
„Das ist das Beste, was man tun kann, wenn man noch keine Verhaltensmaßregeln hat!“ warf Herr Tucher ein. „Worum dreht sich denn eigentlich die Geschichte, Herr Graf?“  
„Es ist ein ziemlich verwickelter Fall, verehrter Herr!“ meinte Tann und streckte sich in den bequemsten Sessel aus, den er finden konnte. „Vorerst wird es überhaupt nicht nötig sein, Sie in die ganze Sache einzumischen!“  
Der Anwalt schüttelte zweifelnd den Kopf.

„Wenn ich Ihnen wirklich helfen soll, Herr Graf,“ erklärte er, „so ist es entschieden nötig, daß Sie mir alles sagen, damit ich klar in der Sache sehe! Ein Punkt, der dem Laien ganz unwichtig scheint, ist oft von schwerwiegender Bedeutung.“  
„Gut, Herr Rechtsanwalt! Der erste Punkt, den ich Sie zu beachten bitte, ist, daß ich in der ganzen Sache nicht genannt werde. Niemand darf wissen, wer Ihr Auftraggeber ist. Zweitens wünsche ich nicht, daß es zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Ich könnte die Sache ja in zehn Minuten ordnen, wenn ich nicht dem sehr ehrenwerten Konrad Schwarz ginge, der leichtsinnigerweise die Behörden angerufen hat; aber ich würde das sehr unfair finden, denn ich würde dadurch einen hervorragenden Vertreter des Rechts, wie Sie, Herr Rechtsanwalt, um seinen ehrlichen Verdienst bringen.“  
Der Anwalt quittierte diese Bemerkung mit einer abgemessenen Verbeugung, die wohl bekunden sollte, daß er bei aller Hochachtung vor dem Grafen doch dessen frivolste Reden nicht gutheißen könne.

„Ich gebe meinen Mandanten stets den Rat, das Prozeßieren zu vermeiden, wenn es irgend möglich ist,“ erwiderte er.  
„Ehr richtig, Herr Rechtsanwalt, sehr richtig!“ entgegnete Tann. „Und das ist auch eine sehr empfehlenswerte Taktik, solange der Rat so gegeben wird, daß der Mandant nicht überzeugt wird. Nun also zur Sache: Der Dampfer ‚Rajab‘ gehört mir, aber er ist von dem vor-

genannten Konrad Schwarz auf mehrere Monate gechartert worden. — Nun, der vorgenannte Konrad Schwarz ist einer der größten und gewissenlosesten Schurken, die an der Börse in Berlin wirken. Ich weiß wohl, daß die Gesetze dazu da sind, damit die Gerichtshöfe Streikfälle, die ihnen vorgelegt werden, in kürzester Frist erledigen; aber trotzdem ist es mein ausdrücklicher Wunsch, daß in diesem Falle die Gesetze gerade in entgegengekehrter Weise angewandt werden, daß der Prozeß so lange hinausgeschoben wird wie nur möglich, sei es durch Beschlüsse, Einschränkungen, Einreden, Rechtsanwalts, Kreuzfragen oder was Sie sonst für gut finden. Sobald Sie merken, daß Sie in die Enge getrieben werden und daß sich eine öffentliche Gerichtsverhandlung nicht mehr länger vermeiden läßt, so telegraphieren Sie mir, und Sie werden erstaunt sein, wie schnell alles unterdrückt wird!“

Wieder verneigte sich der Anwalt sehr feierlich.  
„Ich glaube Sie verstanden zu haben, Herr Graf!“ sprach er mit Nachdruck.  
„Ich bin davon überzeugt, und ich hoffe, Sie werden mir das Vergnügen machen, dies schnelle Begreifen mit auf Ihre Liquidation zu setzen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß nichts mir größere Freude gewährt als das Zahlen angemessener Honorare an tüchtige und verdienstvolle Leute. Und nach eins: Sollten Sie merken, es noch einmal versuchen, Kapitän Bild zu belästigen, so nehmen Sie ihn in Schutz, ich leiste jede geforderter Kaution, wie hoch sie auch sein möge! Und nun, Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Güte haben wollen, mir Ihre Adresse zu geben, so lege ich den Fall vertrauensvoll in Ihre Hände!“

Herr Tucher kam Tann's Wunsch nach und empfahl sich dann. Auch Kapitän Bild stand auf; aber Tann ersuchte ihn, wieder Platz zu nehmen.  
„Sehen Sie sich noch einen Augenblick, Kapitän! Ja die ‚Schöllnbach‘ bereits in See gegangen?“

„Ehr richtig, Herr Rechtsanwalt, sehr richtig!“ entgegnete Tann. „Und das ist auch eine sehr empfehlenswerte Taktik, solange der Rat so gegeben wird, daß der Mandant nicht überzeugt wird. Nun also zur Sache: Der Dampfer ‚Rajab‘ gehört mir, aber er ist von dem vor-

genannten Konrad Schwarz auf mehrere Monate gechartert worden. — Nun, der vorgenannte Konrad Schwarz ist einer der größten und gewissenlosesten Schurken, die an der Börse in Berlin wirken. Ich weiß wohl, daß die Gesetze dazu da sind, damit die Gerichtshöfe Streikfälle, die ihnen vorgelegt werden, in kürzester Frist erledigen; aber trotzdem ist es mein ausdrücklicher Wunsch, daß in diesem Falle die Gesetze gerade in entgegengekehrter Weise angewandt werden, daß der Prozeß so lange hinausgeschoben wird wie nur möglich, sei es durch Beschlüsse, Einschränkungen, Einreden, Rechtsanwalts, Kreuzfragen oder was Sie sonst für gut finden. Sobald Sie merken, daß Sie in die Enge getrieben werden und daß sich eine öffentliche Gerichtsverhandlung nicht mehr länger vermeiden läßt, so telegraphieren Sie mir, und Sie werden erstaunt sein, wie schnell alles unterdrückt wird!“

Wieder verneigte sich der Anwalt sehr feierlich.  
„Ich glaube Sie verstanden zu haben, Herr Graf!“ sprach er mit Nachdruck.  
„Ich bin davon überzeugt, und ich hoffe, Sie werden mir das Vergnügen machen, dies schnelle Begreifen mit auf Ihre Liquidation zu setzen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß nichts mir größere Freude gewährt als das Zahlen angemessener Honorare an tüchtige und verdienstvolle Leute. Und nach eins: Sollten Sie merken, es noch einmal versuchen, Kapitän Bild zu belästigen, so nehmen Sie ihn in Schutz, ich leiste jede geforderter Kaution, wie hoch sie auch sein möge! Und nun, Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Güte haben wollen, mir Ihre Adresse zu geben, so lege ich den Fall vertrauensvoll in Ihre Hände!“

Herr Tucher kam Tann's Wunsch nach und empfahl sich dann. Auch Kapitän Bild stand auf; aber Tann ersuchte ihn, wieder Platz zu nehmen.  
„Sehen Sie sich noch einen Augenblick, Kapitän! Ja die ‚Schöllnbach‘ bereits in See gegangen?“

Bestellungen auf das täglich erscheinende „Kieser Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Amalie verw. Niesel, Gröba Alleestraße 2.

genannten Konrad Schwarz auf mehrere Monate gechartert worden. — Nun, der vorgenannte Konrad Schwarz ist einer der größten und gewissenlosesten Schurken, die an der Börse in Berlin wirken. Ich weiß wohl, daß die Gesetze dazu da sind, damit die Gerichtshöfe Streikfälle, die ihnen vorgelegt werden, in kürzester Frist erledigen; aber trotzdem ist es mein ausdrücklicher Wunsch, daß in diesem Falle die Gesetze gerade in entgegengekehrter Weise angewandt werden, daß der Prozeß so lange hinausgeschoben wird wie nur möglich, sei es durch Beschlüsse, Einschränkungen, Einreden, Rechtsanwalts, Kreuzfragen oder was Sie sonst für gut finden. Sobald Sie merken, daß Sie in die Enge getrieben werden und daß sich eine öffentliche Gerichtsverhandlung nicht mehr länger vermeiden läßt, so telegraphieren Sie mir, und Sie werden erstaunt sein, wie schnell alles unterdrückt wird!“

Wieder verneigte sich der Anwalt sehr feierlich.  
„Ich glaube Sie verstanden zu haben, Herr Graf!“ sprach er mit Nachdruck.  
„Ich bin davon überzeugt, und ich hoffe, Sie werden mir das Vergnügen machen, dies schnelle Begreifen mit auf Ihre Liquidation zu setzen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß nichts mir größere Freude gewährt als das Zahlen angemessener Honorare an tüchtige und verdienstvolle Leute. Und nach eins: Sollten Sie merken, es noch einmal versuchen, Kapitän Bild zu belästigen, so nehmen Sie ihn in Schutz, ich leiste jede geforderter Kaution, wie hoch sie auch sein möge! Und nun, Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Güte haben wollen, mir Ihre Adresse zu geben, so lege ich den Fall vertrauensvoll in Ihre Hände!“

Herr Tucher kam Tann's Wunsch nach und empfahl sich dann. Auch Kapitän Bild stand auf; aber Tann ersuchte ihn, wieder Platz zu nehmen.  
„Sehen Sie sich noch einen Augenblick, Kapitän! Ja die ‚Schöllnbach‘ bereits in See gegangen?“

(Fortsetzung folgt.)